

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 65 (1992)

Heft: 4

Artikel: Subversive Ostblock-Aktivitäten gegen die Schweiz : wer hat Angst vor Enthüllungen?

Autor: Reimann, Maximilian

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-519734>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

*Subversive Ostblock-Aktivitäten gegen die Schweiz***Wer hat Angst vor Enthüllungen?**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges betrieb ein riesiger, von Moskau gelenkter Geheim- und Spionagedienst subversive Aktivitäten gegen die freien Länder des Westens einschliesslich der Schweiz. Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes im europäischen Osten kommen diese geheimen Machenschaften bruchstückweise an den Tag. Auch das Schweizervolk hat Anspruch, nach dem offensichtlichen Ende des Kalten Krieges über die existenzgefährdenden Aktivitäten gegen unser Land informiert und aufgeklärt zu werden. Doch in unserem Land tut sich nichts. Soll diese dunkle Epoche von Amtes wegen totgeschwiegen werden?

Mit der Offenlegung der Staatschutzakten des Bundes hat unser Land offiziell einen Schlussstrich unter die Epoche des Kalten Krieges in Europa, dem auch die Schweiz ausgesetzt war, gezogen. Wie dem 8. Zwischenbericht von alt Staatsanwalt Walter Gut, dem bundesrätlichen Sonderbeauftragten für das Fichenwesen, zu entnehmen ist, handelte es sich bei den insgesamt 728 000 fichierten natürlichen Personen um 80,5 Prozent Ausländer und nur um 19,5 Prozent Schweizer. Dieses enorme Volumen deutet an, dass die Schweiz zu einer zentralen Drehscheibe ausländischer Nachrichten- und Spionagetätigkeit auserkoren worden war. Es ist nicht auszuschliessen, dass auch schweizerische Helfershelfer, im DDR-Sprachjargon «IM» (Inoffizielle Mitarbeiter) genannt, mit von der Partie waren.

Noch 1990 Angriffspläne gegen Westeuropa

Während sich die Schweiz im Jahr 1989 offiziell mit der Abschaffung seiner Armee beschäftigen musste und sich von linksextremen Systemveränderern vorgaukeln liess, es sei weit und breit am Horizont keine militärische Bedrohung mehr in Sicht, schmiedeten

Generalstäbe in Moskau und in der DDR weiter an Angriffsplänen gegen Westeuropa. Diese Erkenntnis vermittelte uns jüngst Lothar Rühl, anerkannter wehrpolitischer Experte und langjähriger Staatssekretär im BRD-Verteidigungsministerium. Er hatte Einsicht nehmen können in rund 25 000 geheime Dokumente des Warschauer Paktes, die der Bundesrepublik in die Hände fielen, nachdem die DDR-Volksarmee im Zuge der Wiedervereinigung in die Bundeswehr integriert wurde. Noch im Juni 1990 wurden laut Rühl Stabsübungen durchgespielt, die die militärische Besetzung Westeuropas zum Ziele hatten. Der Einsatz von A- und C-Waffen gehörte zur Tagesordnung, und auch die neutralen Staaten Österreich und Schweiz waren gemäss den WAPA-Plänen ins Aufmarschgebiet miteinbezogen worden.

Es wäre für die schweizerische Politik zweifellos sehr wertvoll und für unsere Landesverteidigung ebenso aufschlussreich, wenn sich der Bundesrat bei der deutschen Regierung offiziell um Einsichtnahme in jene Dossiers bemühen würde, die auch unser Land betreffen. Mit verschiedenen parlamentarischen Vorstössen ist bereits versucht worden, den Bundesrat in diesem Sinne zu aktivieren. So

verlangte Nationalrat Walter Frey (SVP, Zürich) bereits am 23. Januar 1991 nähere Auskünfte über STASI-Aktivitäten und lokale Helfer in der Schweiz. Am 16. September 1991 doppelte Nationalrat H. U. Graf (SVP, Zürich) nach und verlangte einen bundesrätlichen Bericht über die subversive Tätigkeit von ehemaligen DDR-Stellen in der Schweiz, wie auch über die vorstehend zitierten WAPA-Operationspläne gegen die Schweiz. Gleich mit zwei Postulaten vom 22. März und vom 3. Oktober 1991 versuchte der Zürcher CVP-Nationalrat Paul Eisenring den Bundesrat zu analogen Berichten zu bewegen. Mit dieser Berichterstattung, so argumentierten die drei Volksvertreter, hätten unsere langjährigen Bemühungen für die Landesverteidigung wie auch die jüngst von den Linksparteien so scharf und einäugig kritisierte Arbeit unseres Staatsschutzes einer Neubeurteilung unterzogen werden können.

Widerspenstiger Bundesrat

Aus kaum pausiblen Gründen weigerte sich der Bundesrat aber bis zum heutigen Tag standhaft, die angebotenen Dossiers zu beschaffen und zuhanden von Parlament und Öffentlichkeit auszuwerten. Zwar hat der Bundesrat in Beantwortung der Anfrage Freys festgehalten, dass Ermittlungen zur Feststellung allfälliger STASI-Agenten im Gange seien. Konkrete Ergebnisse konnte oder wollte er aber nicht preisgeben. Noch wortkarger reagierte die Landesregierung auf die Vorstösse von Graf und Eisenring. Was die Beurteilung der Arbeit des schweizerischen Staatsschutzes generell betreffe, sei eine vom EJPD eingesetzte «Expertenkommission Kreis» mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung beauftragt worden. «Eine weitergehen-

de Darstellung des Verhältnisses Schweiz-DDR, insbesondere der Bedrohung durch das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit», so der Bundesrat wörtlich, «muss Gegenstand der Geschichtsschreibung sein.»

Diese widerspenstige Haltung des Bundesrates ist unverständlich. Da war unser Land während Jahrzehnten militärisch, wirtschaftlich und politisch von einer nach Weltherrschaft strebenden kommunistischen Macht und ihren Satelliten bedroht worden. Und nun, wo sich nach dem Zusammenbruch dieser Macht die Archive öffnen und wo auch schweizerische «IM» enttarnt und einer allfälligen Strafe überführt werden könnten, kapselt sich unsere Landesregierung ab und überlässt das Feld allein den künftigen Geschichtswissenschaftlern. Für die Offenlegung des Fichenwesens aber waren 80 Leute eingesetzt und dafür weit über 10 Millionen Franken aufgewendet worden. Zudem hat der Bundesrat mit den geheimen Widerstandsorganisationen P26 und P27 kurzen Prozess gemacht und sie im Eiltempo aufgelöst. Über die existenzgefährdenden Aktivitäten ausländischer Geheimorganisationen und ihrer schweizerischen Mitläufer aber will er Gras wachsen lassen. Wie soll man diese ungleiche Behandlung einem ehrbaren Staatsbürger plausibel machen?

Verdächtige Stille auch im Enthüllungsjournalismus

Bleibe noch die Hoffnung, dass sich der sonst so eifrige schweizerische «Enthüllungsjournalismus» dieses düsteren Kapitels annehmen würde. Da wurden doch seit dem Sturz von Bundesrätin Elisabeth Kopp von diversen Medien Millionengelder in die Enttarnung von Personen und Institutionen der jüngeren schweizerischen Zeitgeschichte investiert. Allen voran leistete die SRG «wahre Pionierarbeit». Da heftete man sich an die Spuren der Cigarren-Firma Villiger im Zweiten Weltkrieg. Man schnüffelte mit legalen und illegalen Mitteln den besagten Widerstandsorganisationen hinterher. Man setzte uns zwielichtige Kronzeugen vor, die vom Untersuchungsbericht Cornu als «Desinformation» abqualifiziert worden sind. Ja man holte sogar Herrn Jeanmaire aus der Versenkung und reiste mit ihm auf SRG-Kosten nach Moskau. Dort konfrontierte man ihn mit jenem früheren sowjetischen Geheimdienst-Offizier, der seinerzeit Jeanmaire zum Landesverrat animiert hatte.

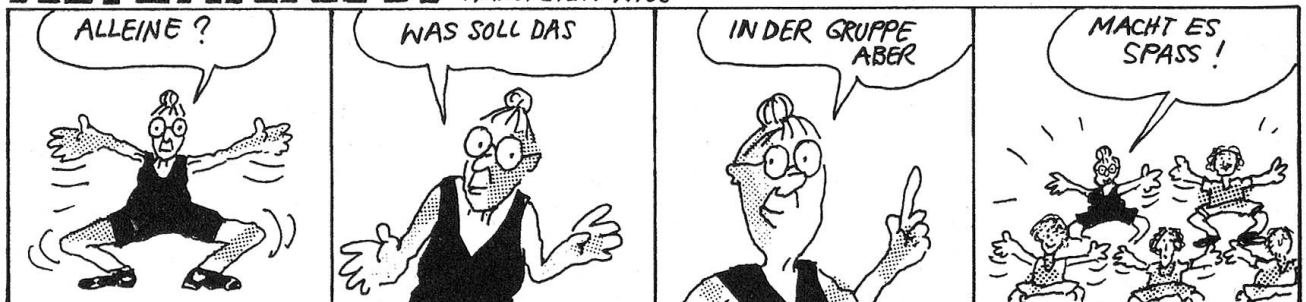
Und nun, wo es um die «andere Seite» geht, herrscht plötzlich verdächtige Stille in den Etagen unserer selbsternannten Aufklärer. Wie es auch unseren Pazifisten völlig die Sprache verschlagen hat vor dem kriegesischen Greuel in Jugoslawien, so stumm bleibt es in

den Reihen unserer sonst so kühnen Recherchier-Journalisten, wenn es um STASI- und WAPA-Dossiers geht.

Warum diese seltsame Stille? Warum soll ein wichtiger Abschnitt unserer Zeitgeschichte nicht speidativ aufgearbeitet werden, wo sich nun plötzlich Archive und Dossiers öffnen? Wäre es nicht ein Akt der Konsequenz, wenn sich der «Enthüllungsjournalismus» mit dem gleichen Elan nun jener Spuren und Quellen annehmen würde, mittels derer Rückschlüsse auf langjährige existentielle Gefahren für unser Land und unser Volk gezogen werden könnten? Fehlt es wohl an der ideologischen Unbefangenheit zu solchem Tun? Oder müsste man dann gar zur Erkenntnis kommen, unser Staatsschutz mit den missliebigen Fichen oder gar die geheimen Widerstandsorganisationen hätten bis zum Zusammenbruch der kommunistischen Weltgefahr doch ihre Berechtigung gehabt? Die Zeitgeschichte wird unter diesem Aspekt zweifellos noch einiges aufzuarbeiten haben.

Nationalrat Dr. Maximilian Reimann,
Gipf-Oberfrick, Mitglied der
Aktion Freiheit und Verantwortung

ALTERAKTIV HANSPETER WYSS



Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu